



Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

26. September 2016
Seite 1 von 1

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40190 Düsseldorf



Aktenzeichen 221-
bei Antwort bitte angeben

LMR in Springenberg-Eich
Telefon 0211 837-4200
Telefax 0211 837-4212
maria.springenberg-
eich@mfkjks.nrw.de

Sitzung des Hauptausschusses des Landtags NRW am 29. September 2016

Bericht der Landesregierung zum Haushalt 2017 der Landeszentrale für politische Bildung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anbei übersende ich den Bericht des MFKJKS zum o. g. Thema für die Sitzung des Hauptausschusses am 29. September 2016.

Ich bitte Sie, den beigefügten Bericht zur Information an die Mitglieder des Hauptausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Kampmann

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mfkjks.nrw.de
www.mfkjks.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709
Haltestelle Poststraße

Das Umfeld der politischen Bildung im Jahr 2017

Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung NRW (LZpB) wird maßgeblich durch die tiefgreifenden Umbrüche in Europa bestimmt. Die Umbrüche bedrohen vermeintliche Selbstverständlichkeiten und Selbstgewissheiten der Demokratie in der Bundesrepublik und erhöhen damit den Bedarf an Orientierung und Vergewisserung des demokratischen Standortes. Der Zerfall von Staaten in Nordafrika und im mittleren Osten, Kriege, Ausbreitung des Terrors, Zuwanderung, Krise europäischer Politiken, Austritt Großbritanniens aus der EU, Remilitarisierung der Außenpolitik, autoritäre Tendenzen in der Türkei: Diese und weitere Entwicklungen haben die Menschen in Europa und damit auch in Deutschland und in NRW verunsichert.

Ergänzt um Ängste um die eigene ökonomische Lage wird so ein Nährboden für Rechtspopulisten und Extremisten geschaffen.

Nach vielen Jahren des kontinuierlichen Rückgangs der Wahlbeteiligung sind bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 erstmals deutlich gestiegene Wahlbeteiligungen festgestellt worden – diese kamen aber nicht den etablierten Parteien zugute, sondern führten zu deutlichen Zuwächsen bei den Rechtspopulisten, die Ausgrenzung und Entsolidarisierung zu ihrem Programm gemacht haben.

Aufgabe der politischen Bildung ist es, Hintergründe auszuleuchten, Abläufe zu erklären, die Fundamente der Demokratie zu festigen, die Zivilgesellschaft zu stärken und damit Bürgerinnen und Bürger zu einem reflektierten demokratischen politischen Handeln zu befähigen.

demokratie leben

Die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung werden unter der Überschrift **demokratie leben** geplant, angeboten und durchgeführt. **demokratie leben** heißt dabei für die Landeszentrale,

- ...die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen**
- ...Vielfalt zu leben**
- ...Beteiligung von allen zu ermöglichen**
- ...respektvoll zu handeln und Konflikte friedlich auszutragen**
- ...Medien kritisch zu nutzen**
- ...Grenzen zu überwinden**
- ...Erinnerung zu gestalten und Freiheit zu leben**

Alle Handlungsfelder der Landeszentrale sind vom Anspruch getragen, einen Beitrag zum Umgang mit diesen Zielen zu leisten. Dies gilt insbesondere für die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gewaltbereiten Salafismus, die mit der Verabschiedung des „Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ gestärkt worden ist. Mit dem 1. August 2016 ist die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus der Landeszentrale zugeordnet worden.

Durch den weiteren Ausbau der Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die enge Verzahnung dieses Programms mit den Landesprogrammen wird die Arbeit zur Demokratieförderung weiter verstärkt.

Für diese Arbeit stehen der LZpB in 2017 voraussichtlich € 13.268.900,00 zur Verfügung.

Die Etat-Ansätze stellen sich im Überblick wie folgt dar:

	Haushalts- stelle (Kapitel 07070)	2017 (in EUR)	2016 (in EUR)
Beratungsleistungen gegen Rechts- extremismus und Rassismus	Titel 684 22	3.150.000	3.150.000
Zuschüsse für Einrichtungen	Titel 684 20	2.809.700	2.609.700
Kulturpflege der Vertriebenen	Titelgruppe 63	2.012.000	2.012.000
Zuschüsse für parteinahe Stiftungen	Titel 684 10	1.784.500	1.784.500
Sachmittel (u.a. für eigene Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuelle Medien)	Titel 534 10	1.751.500	1.501.500
Gedenkstättenarbeit, Erinnerungskultur	Titel 684 80	1.483.200	1.483.200
Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus	Titel 684 23	200.000	200.000
Sonstige Zuschüsse	Titel 684 21	48.300	48.300
Gustav-Heinemann Friedenspreis	Titel 534 20	29.700	29.700
Insgesamt:		13.268.900	12.818.900

Die Sachmittel (u.a. für eigene Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuelle Medien) werden um ca. € 200.000,00 auf nun € 1.751.500,00 erhöht. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen insbesondere die Maßnahmen zur Demokratieförderung in Quartieren verstärkt und eine „Demokratietour“ durchgeführt werden.

Die Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung wird ebenfalls um € 200.000,00 auf € 2.809.700,00 erhöht. Auch die von der Landeszentrale geförderten Einrichtungen der politischen Bildung haben im letzten Jahr ihre Anstrengungen zur politischen Integration von Flüchtlingen verstärkt. Der Mittelzuwachs soll dem großen Bedarf Rechnung tragen.

Die Ansätze für die folgenden Zwecke sind gegenüber dem Jahr 2016 unverändert geblieben:

- Kulturpflege der Vertriebenen (2.012.000 EUR)
- Zuschüsse für parteinahe Stiftungen (1.784.500 EUR)
- Projekte in der Gedenkstättenarbeit bzw. Erinnerungskultur (1.483.200 EUR)
- Sonstige Zuschüsse (48.300 EUR)
- Gustav-Heinemann-Friedenspreis (29.700 EUR)
- Für die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus stehen wie 2016 € 3,15 Mio. zur Verfügung, für die zusätzlichen Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus ebenfalls unverändert € 200.000 EUR.

Die Handlungsfelder

Die Landeszentrale stellt sich den Herausforderungen in verschiedenen Handlungsfeldern und als Teil eines lebendigen Netzwerks der politischen Bildung in NRW. Sie tut dies mit einem vielfältigen Angebot von Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien, einschließlich eines innovativen Internetangebots. Darüber hinaus fördert sie Aktivitäten freier Träger der politischen Bildung und der Gedenkstätten.

Und sie tut dies mit Erfolg: Über 80.000 Publikationsbesteller jährlich, mehr als 40 geförderte Einrichtungen der politischen Bildung mit rd. 8.000 Veranstaltungen und rd. 180.000 Teilnehmer/-innen sowie 26 geförderte Gedenkstätten zeugen davon. Ein eigener YouTube-Kanal bietet Zuschauerinnen und Zuschauern fast aller Altersgruppen Webvideos zu aktuellen und historischen Themen.

Die Handlungsfelder sind:

- Demokratie- und Medienkompetenz: Politische Partizipation und Wahlen, Politische Teilhabe von Zugewanderten
- Europäische Integration, Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit, Kulturpflege der Vertriebenen
- Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Religiöser Fundamentalismus, Salafismus
- Zuwanderung und Integration
- Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung

I. **Demokratie- und Medienkompetenz: Politische Partizipation und Wahlen, Politische Teilhabe von Zugewanderten**

demokratie leben heißt, die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Vielfalt zu leben, Beteiligung von allen zu ermöglichen, respektvoll zu handeln, Konflikte friedlich auszutragen und Medien kritisch zu nutzen.

Das Jahr 2017 wird durch die Landtagswahl und die Bundestagswahl in besonderer Weise durch politische Großereignisse geprägt sein. Die Landeszentrale wird diese Wahlen durch verstärkte Angebote und durch eine „Demokratietour“ begleiten.

Begeistern für die Demokratie:

Bekannt ist, dass Quartiere mit belasteter Nachbarschaft häufig auch Quartiere mit niedriger Wahlbeteiligung sind, in denen Möglichkeiten zur Partizipation geringer genutzt werden. Die Gefahr, dass sich aus prekären Lebenslagen auch eine prekäre Lage für die Demokratie ergeben kann, ist längst erkannt und an vielen Stellen bereits real.

Die Landeszentrale will in 2017 in ausgewählten Quartieren und in Zusammenarbeit mit Trägern vor Ort entsprechende Angebote der politischen Bildung ermöglichen (z.B. in Form von Demokratiewerkstätten). Wir wollen zeigen, dass Demokratieförderung und -kompetenz eine Ressource für Quartiersentwicklung ist.

Darüber hinaus bereitet die Landeszentrale eine „Demokratietour“ vor, die im Kern aus Aktionsteams besteht, die über die Angebote der Landeszentrale mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen und damit für die Demokratie werben sollen. „Wir müssen die Menschen für die Demokratie gewinnen; wir müssen sie für die Demokratie begeistern.“ Dieser Satz an der Wiege der Landeszentrale am 2. Oktober 1946 von Rudolf Amelunxen gesprochen, soll dadurch mit Leben gefüllt werden. Die Tour wird in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der politischen Bildung durchgeführt und soll insbesondere in Stadtteile und Quartiere führen, die von besonderen Problemlagen geprägt sind.

Es wird geprüft, diese Tour mit den Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, zur Quartiersarbeit und zur Aufklärung über den gewaltbereiten Salafismus zu verknüpfen.

Der mobile Wahl-o-Mat wird hier ebenfalls zum Einsatz kommen.

Wahl-O-Mat

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wird der Wahl-O-Mat zur Landtagswahl 2017 angeboten. Wir wollen damit insbesondere jüngeren Wählerinnen und Wählern einen attraktiven und niederschweligen Zugang zu den landespolitischen Themen verschaffen und sie so anregen, der Landespolitik und der Landtagswahl eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Zum Einsatz im Rahmen der Quartiersarbeit und der „Demokratietour“ wird ergänzend eine mobile Version zur Verfügung stehen.

Wahlen

Es soll ein Webvideo produziert werden, das auf Statements junger Leute zum Thema Wahlen und Beteiligung beruht. Politik- und Politiker-Bashing a la "Die da oben tun sowieso was sie wollen" sollen dabei bewusst außen vor gelassen werden. Im Zentrum sollen vielmehr reflektierte Beweggründe zur Beteiligung, aber auch zur Nichtbeteiligung bei Wahlen und anderen Formen der politischen Partizipation stehen.

Angebote wie z.B. juniorwahl oder your choice runden die Aktivitäten ab.

Bürgerbeteiligung

Politische Partizipation und Bürgerbeteiligung zählen zu den wichtigsten Themenfeldern der politischen Bildung. Mit einem neuen Projekt sollen deshalb Beteiligungsprojekte auf digitalem Wege – zum Beispiel als App – für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zugänglicher gemacht werden, da

oftmals Bürgerbeteiligungsprozesse schon an mangelnder Information scheitern. Das Projekt soll hier ansetzen und einen einfachen, ortsbasierten und schnellen digitalen Zugang zu aktuellen Bürgerbeteiligungsvorhaben bieten.

Demokratie für mich

Die Landeszentrale wird auch in 2017 ihre Arbeit mit und für Flüchtlinge fortsetzen. Basierend auf der Broschüre „Demokratie für mich. Grundrechte in Deutschland. Ein Leitfaden für geflüchtete und einheimische Menschen“, die in mehrere Sprachen übersetzt worden ist, entwickelt die Landeszentrale ein Konzept, um das Lernen von Grundlagen und Grundwerten der Demokratie mit dem Erlernen der Sprache zu verknüpfen. Dieses Konzept wird in einer Pilotphase an ausgewählten Berufskollegs erprobt und ausgewertet.

Jugend partizipiert

Aufgrund der bisherigen Erfolge des Projekts „Jugend partizipiert“ setzt die Landeszentrale für politische Bildung NRW das Projekt im Schuljahr 2016/2017 fort.

Voraussichtlich fünf Bildungsträger der politischen Bildung werden mit Kooperationschulen in ihrer Region zusammenarbeiten. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich im Team mit selbst gewählten Themen auseinander und lernen, eigene Interessen zu formulieren und ihre Partizipationsmöglichkeiten entsprechend zu nutzen, um ihr direktes Lebensumfeld mitzugestalten. Die Einbeziehung von Mandatsträgerinnen und –trägern ist dabei ein zentrales Element. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet.

Demokratie konkret! Stärkung der Demokratiekompetenz von Jugendlichen

Das von der Landeszentrale für politische Bildung entwickelte Angebot „Demokratie konkret! Bildungsbausteine zur Demokratiekompetenz“ wurde im Schuljahr 2016/2017 in das staatliche Lehrerfortbildungsprogramm „Schulkultur entwickeln – Demokratie gestalten“ als ein Feld der unterrichtlichen Verankerung von Demokratielernen übernommen. In 2017 erhalten Schulen, die grundsätzlich am Bildungspro-

gramm interessiert sind, die Möglichkeit, einzelne Projektstage zu den Themen Toleranz, Konflikt, Demokratie als Lebensform und demokratische Entscheidungsfindung zu buchen. Das Angebot flankiert das fächerübergreifende Angebot von Schulen im Bereich Schulkultur und demokratische Gestaltung. Mit diesem Vorgehen wird gewährleistet, dass Demokratiekompetenz im Schulalltag nachhaltig verankert werden kann.

Digitale Ethik

Zum Thema "Digitale Ethik" soll ein weiteres Projekt entstehen. Dabei sollen ethische Fragestellungen fokussiert werden, die im Zusammenhang mit Digitalisierung, Vernetzung und Algorithmisierung diskutiert werden und die neben Technik, Programmierung (Codern) und digitalem/generativem Design auch politische und moralische Verantwortlichkeiten betreffen. Ein Format ist noch nicht festgelegt.

Neue Publikationen in diesem Gesamtkontext sind:

- Dieter Grunow, Die Gesellschaft der Zukunft – Beobachtungen aus der Gegenwart, Opladen 2017
- Klaus Schubert/Martina Klein, Das Politiklexikon, Bonn 2017

II. Europäische Integration, Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit, Kulturpflege der Vertriebenen

demokratie leben heißt, die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Vielfalt zu leben, respektvoll zu handeln und Konflikte friedlich auszutragen, Grenzen, zu überwinden, Erinnerung zu gestalten und Freiheit zu leben.

Europa steckt ohne Frage in einer Krise. Der Umgang mit Flüchtlingen, der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der EU und die Entwicklungen in der Türkei belegen dies. Politische Bildung ist gefordert, Hintergründe auszuleuchten, Abläufe zu erklären und zu einem aufgeklärten kritischen Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit den Ereignissen zu befähigen.

Nordrhein-Westfalens Erinnerungslandschaft ist dezentral und vielfältig. Erinnerungskultur wurzelt vielfach im Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und wird vom politischen Willen vor Ort getragen. Mit dem Wissen, was vor Ort geschehen ist, wird Geschichte greifbarer. Diese Erinnerungsarbeit ermöglicht, konkrete Entscheidungen, Handlungsspielräume und Motive der Täter, der Zuschauer und die Situation der Opfer von damals zu reflektieren.

Die Landeszentrale unterstützt die Gedenkstätten und auch die Arbeit der Kulturvereine Vertriebener dabei, Räume für offene und zukunftsgerichtete Debatten anzubieten. Die offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sieht sie als Voraussetzung demokratischer Bildung.

Planspiele: „Festung Europa?“, „Europäische Flüchtlingspolitik“

Hunderttausende Flüchtlinge versuchen in Europa Schutz zu finden. Tausende kommen dabei ums Leben, sie ertrinken im Mittelmeer. Immer mehr wird diskutiert, wie Europa mit Flüchtlingen umgeht. Häufig fehlen in diesem Zusammenhang insbesondere bei jungen Menschen Kenntnisse über die europäischen Entscheidungsprozesse. Daher hat die Landeszentrale die Planspiele „Festung Europa?“ und „Europäische Flüchtlingspolitik“ für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse aufgelegt. Das Planspiel „Festung Europa“ stellt eine Sitzung des Europäischen Rats nach, bei der über eine gemeinsame Politik zur Flüchtlingsproblematik entschieden werden soll.

Das Planspiel wird aufgrund der Aktualität 2017 weiter angeboten. Auch das Planspiel „Europäische Flüchtlingspolitik“ wird 2017 weitergeführt.

Entwicklung und Sicherung der Gedenkstättenarbeit

In NRW gibt es zzt. 26 NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte. Die Einrichtungen werden ausschließlich in lokaler Verantwortung betrieben. Die lokale Verantwortung für die Gedenkstätten sichert eine vielfältige, vom Engagement und politischem Willen vor Ort getragene Erinnerungskultur. Trotz großer Vielfalt der Arbeitsschwerpunkte und Programme ist allen Gedenkstätten gemeinsam, dass sie intensiv die Geschichte ihres Ortes bzw. ihrer Region erforschen. Das Wissen darüber, was am Ort geschehen ist, wer auf welche Weise beteiligt war, ermöglicht es, sich mit dem konkreten Handeln von Tätern, Zuschauern und der Situation von Opfern auseinanderzusetzen und ihre Motive und Handlungsspielräume zu reflektieren.

Die Gedenkstätten ermöglichen eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die Landeszentrale unterstützt die Gedenkstätten darin, Räume für offene Debatten anzubieten. Diese Offenheit ist eine Voraussetzung demokratischer Bildung.

Verbesserte Absicherung der Gedenkstätten

Zur besseren Absicherung der Gedenkstätten ist 2013 neben der klassischen Projektförderung eine pauschalierte, jährlich ausgezahlte Förderung als Beitrag des Landes zur finanziellen Grundsicherung der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen eingeführt und in 2016 weiter ausgebaut worden.

Voraussetzung des Förderkonzepts war eine deutliche Steigerung der Aufwendungen des Landes für „Projekte der Gedenkstättenarbeit“ (Kapitel 07 070 Titel 684 80) – von 118.200 Euro im Jahr 2009 auf 983.200 Euro im Jahr 2013 und auf 1.483.200 Euro im Jahr 2016.

Seit 2016 hat jede Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, eine jährlich gezahlte Grundförderung von der Landeszentrale für politische Bildung zu erhalten.

Die bislang gemachten Erfahrungen belegen, dass sich das Förderkonzept insoweit bewährt hat, als

- die Förderbedingungen zur Konsolidierung von – insbesondere kleineren – Einrichtungen beigetragen haben,
- keine Fälle bekannt geworden sind, bei denen eine Kommune ihren Teil der Finanzierung gekürzt hätte.

Praxisorientierte Ausgestaltung der Kooperation der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen mit Yad Vashem in Israel

Im Rahmen der „Gemeinsamen Absichtserklärung zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland, und Yad Vashem, der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, Israel“ wird die in 2015 begonnene Kooperation weiter ausgebaut. Im Frühjahr 2017 ist geplant, mit dem Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte in NRW eine internationale Methodenkonferenz zu interethnischem Geschichtslernen an Gedenkstätten durchzuführen. Mit der Konferenz soll der in Israel begonnene Dialog fortgesetzt werden. Die Gedenkstätten Givat Haviva und das Ghetto Fighter House setzen sich schwerpunktmäßig mit Lehren aus dem Holocaust als einer „unannehmbaren Geschichte“ (Imre Kertész) auch in der Bildungsarbeit mit arabischen Jugendlichen auseinander. Yad Vashem hat beispielgebende Materialien erarbeitet, die sehr gut für die Arbeit mit muslimischen Jugendlichen und gemischten Gruppen geeignet sind. In der Konferenz sollen auch Ergebnisse von Modellprojekten zur Arbeit mit Flüchtlingen in Gedenkstätten aus Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden vorgestellt werden.

Kulturpflege der Vertriebenen

Auf der Grundlage des Entschließungsantrages der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN „60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – 50 Jahre Gerhart-Hauptmann-Haus, Erinnern an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ wurde die Landesregierung durch Beschluss des Hauptausschusses des Landtags vom 25.09.2014 aufgefordert, sich aktiv an der Erarbeitung neuer Konzepte zum weiteren Umgang mit den Themen "Kulturpflege der Vertriebenen" sowie "Flucht und Vertreibung" zu beteiligen und dabei auch die Phänomene von Vertreibung und Flucht im 20. Jahrhundert sowie die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen von Vertreibung und Flucht einzubeziehen.

Hierzu hat die Landeszentrale für politische Bildung als fachlich zuständige Arbeitseinheit ein Rahmenpapier erstellt, das in zwei Workshops am 24.02. und 22.06.2016 vorgestellt und diskutiert worden ist. Teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen, der Institutionen der Vertriebenen und Spätaussiedler, der Wissenschaft, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der fachlich betroffenen Ressorts der Landesregierung und der Bezirksregierungen.

Ziel ist es, den Themenkreis inhaltlich neu auszurichten und die Förderung entsprechend neu zu gestalten.

III. Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Zuwanderung und Integration; religiöser Fundamentalismus, Salafismus

demokratie leben heißt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Vielfalt zu leben, respektvoll zu handeln, Konflikte friedlich auszutragen, Erinnerung zu gestalten und Freiheit zu leben.

Das gilt vor allem, wenn politische Bildung sich mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus beschäftigt.

Präventionstage „Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“

Mit dieser Veranstaltungsreihe werden junge Menschen für rechtsextremistische Bestrebungen sensibilisiert. Sie erhalten Antworten auf Fragen wie „Welche rechtsextremen Vereinigungen gibt es in Nordrhein-Westfalen?“, „Wie erkenne ich rechtsextreme Inhalte?“, „Wo werden diese überall verbreitet?“ und „Welche Möglichkeiten habe ich, mich dagegen zu wehren?“. Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales, dem Ministerium für Schule und Weiterbildung sowie jugendschutz.net. Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 6. Jahrgangsstufe.

Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und in den gewaltbereiten Salafismus: Gemeinsamkeiten – Unterschiede – Gegenmodelle

Einstiegsprozesse von Jugendlichen in den Rechtsextremismus sind mittlerweile recht gut dokumentiert. Vielfach geht es den Jugendlichen um Stärkung der Identität, um Anerkennung und um die „Erlebniswelt des Rechtsextremismus“. Im Bereich des Salafismus liegen zum Einstieg noch keine umfassenden empirischen Studien vor. Erste Studienergebnisse weisen darauf hin, dass vergleichbare Bedürfnisse von Jugendlichen dazu führen, dass sich zunehmend junge Musliminnen und Muslime dem gewaltbereiten Salafismus anschließen.

Mit der Veranstaltungsreihe sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beim Einstieg herausgearbeitet und die Gegenmodelle erörtert werden. Die Veranstaltungsreihe soll in Bochum, Mettmann, Münster und Bonn durchgeführt werden.

Zur Gegenwartsbedeutung der Vergangenheit - Film-Seminare für Schulen mit Propagandafilmen des Nationalsozialismus

Die Filmreihe soll 2017 weitergeführt werden. Bei den angebotenen Filmseminaren geht es vor allem um einen verantwortungsvollen Umgang mit dem nationalsozialistischen Filmerbe. Es geht einerseits um die Erinnerung und Auseinandersetzung mit historischen Zusammenhängen, andererseits um die Bezüge zu den Mitteln aktueller antisemitischer Propaganda. Die Analyse der Propagandamittel schärft den Blick für offene und versteckte Nazi-Propaganda, auf die junge Menschen im Internet zunehmend stoßen.

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtstextremismus. Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Im Hinblick auf die Umsetzung des „Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ werden unter anderem die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen unter dem Dach der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus weiter verstärkt.

Mit den etatisierten Mitteln werden die beiden Opferberatungsstellen und die fünf Mobilberatungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in den fünf Regierungsbezirken finanziert sowie seit 2016 die zivilgesellschaftliche landesweite Ausstiegsberatung kofinanziert.

Im Rahmen des partizipativen Erarbeitungsprozesses des „Integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ wurde zum einen die Bedeutung der lokalen Ebene in der Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus und zum anderen der vermehrte Unterstützungsbedarf deutlich.

Deshalb sollen die zusätzlichen Finanzmittel überwiegend dazu genutzt werden, das Engagement der Kreise und kreisfreien Städte in der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu stärken. Mit einem neuen kommunalen Förderprogramm soll die nachhaltige Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt werden.

Hierzu läuft bis zum 7. Oktober 2016 ein Interessenbekundungsverfahren, über das sich Kreise und kreisfreie Städte um eine Förderung von jeweils bis zu 70.000 Euro bewerben können. Die Auswahl erfolgt durch eine interdisziplinär besetzte Jury. Die Bewilligungen sind zum 1. Januar 2017 geplant.

Antisemitismus

Auch im 21. Jahrhundert ist der Antisemitismus in Deutschland immer noch weit verbreitet. Er hat viele Gesichter und ist in allen gesellschaftlichen Gruppen anzutreffen. Alarmierend ist die hohe Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten. Vor diesem Hintergrund hat die Landeszentrale Projekttag „Alles Hitler, oder was?! Aktueller Antisemitismus in Deutschland“ entwickeln lassen für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe. Das Angebot wird bis Ende 2017 fortgeführt.

Antiziganismus

Die Arbeit zur Sensibilisierung und Überwindung des Antiziganismus wird fortgesetzt. Zentral dabei ist für die Landeszentrale die Fortbildung von Lehramtsanwärterinnen und –anwärtern und die Zusammenarbeit mit der FH für öffentliche Verwaltung NRW im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten.

Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus

Mit den Mitteln in Höhe von 200.000 € für Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus werden, auch in Verbindung mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“, Maßnahmen zur Prävention von politischem oder djihadistischem Salafismus entwickelt bzw. koordiniert sowie Aufklärungs- und Präventionsarbeit geleistet.

Das in 2015 gestartete Modellprojekt „Plan P – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“ wird aus Bundesmitteln gefördert und mit Landesmitteln kofinanziert. Es hat das Ziel, die Strukturen der Jugendhilfe vor Ort für eine Auseinandersetzung mit der Problematik des gewaltbereiten Salafismus zu sensibilisieren, zu qualifizieren und zu vernetzen. Aktuell werden weitere Anträge auf Förderfähigkeit geprüft. Hierzu gehören u. a. die Umsetzung eines Peer-to-Peer Ansatzes und die Qualifizierung der Schulsozialarbeit durch eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe.

Informationsreihe: Vielfältiger Islam und gewaltorientierter Salafismus

Aufgrund der hohen Resonanz und des nach wie vor bestehenden Bedarfs insbesondere bei pädagogischen Fachkräften wird die „Informationsreihe: Vielfältiger Islam und gewaltorientierter Salafismus“ weiterentwickelt und fortgeführt. Es geht zum einen um die Analyse der Lebenswelten von muslimischen Jugendlichen in Deutschland; zum anderen stehen pädagogische Interventionsmöglichkeiten bei Jugendlichen, die gefährdet sind, von insbesondere gewaltbereiten Salafisten gewonnen zu werden, im Vordergrund der Veranstaltungen.

Imame stärken: Für Demokratie – Gegen gewaltbereiten Salafismus

Die weiterentwickelte Reihe „Imame stärken: Für Demokratie – Gegen gewaltorientierten Salafismus“ wurde 2016 gestartet und insbesondere muslimischen Vertretern aus den Kommunen, die am Landesprogramm „Wegweiser“ beteiligt sind, angeboten. Die Qualifizierungsreihe besteht aus sechs Fortbildungsmodulen zu den Themen „Demokratie und Menschenrechte“, „Extremismus im Netz“, „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“, „Öffnung der Moscheegemeinden und Vernetzung im Stadtteil“.

Neue Publikationen in diesem Gesamtkontext sind:

- Christine Schulz-Reiss; Nachgefragt: Flüchtlinge und Integration, Bindlach 2017
- Jochen Oltmer/Reinhold Weber (Hrsg.), Föderale Migrationsgeschichte, Frankfurt am Main 2017 (Kooperationsprojekt der Landeszentralen für politische Bildung)

- Hanna Schott; Angekommen! Kinder erzählen von ihrem ersten Jahr in Deutschland, Schwarzenfeld 2017
- Markus Nierth/Juliane Streich, Brandgefährlich. Wie das Schweigen der Mitte die Rechten stark macht, Berlin 2017
- Mo Asumang; Mo und die Arier. Allein unter Rassisten und Neonazis, Frankfurt am Main 2017 [auch als Lesereise geplant]

Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung.

demokratie leben heißt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Vielfalt zu leben, Beteiligung von allen zu ermöglichen, respektvoll zu handeln und Konflikte friedlich auszutragen, Medien kritisch zu nutzen, Grenzen zu überwinden, Erinnerung zu gestalten und Freiheit zu leben

Die Landeszentrale fördert Einrichtungen der politischen Bildung. Hierzu zählen parteinahe Stiftungen, gewerkschaftliche und kirchliche Einrichtungen sowie Einrichtungen von Bürgerbewegungen und Initiativen.

Empfänger der Zuwendungen sind Träger von Einrichtungen, die nach dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen anerkannt sind und - bezogen auf die Bildungsleistung (Teilnehmertage, Unterrichtsstunden) - zu mindestens 75 % politische Bildungsmaßnahmen durchführen. Darüber hinaus müssen sich in den geförderten Einrichtungen mindestens 70% der Veranstaltungen der politischen Bildung auf gesellschaftliche Kernfelder beziehen, die sich dem Leitbild **demokratie leben** in all seinen Facetten zuordnen lassen.

Damit will die Landeszentrale die demokratische Kultur im Land stärken und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer politischen und ehrenamtlichen Teilhabe unterstützen.

Die geförderten 43 Einrichtungen der politischen Bildung führen jährlich rd. 8.000 Veranstaltungen mit rd. 180.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch.

Im Jahr 2017 soll die Förderung um 200.000 € erhöht werden. Damit sollen verstärkt Veranstaltungen zur Flüchtlingsthematik gefördert werden. Dabei kann es sich um Veranstaltungen für Flüchtlinge oder um themenbezogene Veranstaltungen (z.B. zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements oder zur Information der einheimi-

schen Gesellschaft) handeln. Der gesamte Themenkreis wurde im Jahr 2016 in zwei Workshops eingehend mit den Einrichtungen der politischen Bildung erörtert.

Darüber hinaus gewährt die Landeszentrale Zuwendungen zu den Personalausgaben für den Referenten für politische Bildung beim Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen. Der Landesverband kann so eine wichtige Schnittstellen- und Multiplikatorenfunktion in der politischen Bildung übernehmen und landespolitisch bedeutende Projekte über die Volkshochschulen regional verankern. Dadurch kann der Landesverband der politischen Bildungsarbeit der Volkshochschulen neue inhaltliche und methodische Impulse geben.